

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringenslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3485.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeitspalten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 136.

Dresden, Donnerstag den 17. Juni 1909.

20. Jahrg.

Der Steuerkampf im Reichstage.

Man kann wirklich nicht sagen, daß die mit Spannung erwarteten Erklärungen der Regierungsbereiter, mit denen am Mittwoch die letzte Etappe der Steuerkämpfe eingeleitet wurde, die wünschenswerte Klarheit gebracht hätten. Zwar erklärten Herr Bälou und der noch immer im Reichstagsamt sitzende Sydow, daß die Steuerentwürfe der aus Konservativen, Zentrum und Polen zusammengesetzten Kommissionen für die verbündeten Regierungen unannehmbar seien; aber das war schließlich kein Geheimnis. Der simpelste gesunde Menschenverstand muß schließlich auch eine ganz aus Agrariern bestehende Regierung von einer allzuschaffen Mißhandlung der Vertreter des mobilen Kapitals, als der besten aber auch beweglichsten Steuerzahler, abhalten. Darüber redet man erst gar nicht. Am wenigsten, nachdem die Beherrscher des Geldmarktes so deutlich mit dem Hauptplatz „gewunken“ haben, daß sie ja bei der nächsten Anleihe ihre Taschen zur mehreren Abwechslung auch einmal zuhaken könnten. Worauf es allein in der jetzigen Situation zu wissen und zu erfahren ankommt ist dies: was gedenkt die Regierung zu tun, wenn die Agrarier und ihre Helfershelfer nicht nachgeben?

Wird dann der Reichskanzler abhauen und einem anderen den Platz räumen? Soll der Appell an die Wählererschaft gewagt werden? Das sind die Fragen des Tages. Auf sie aber wird keine Antwort.

Der Kanzler nahm sofort nach der Eröffnung der Sitzung das Wort, um eine der für ihn typischen Reden vom Stapel zu lassen. Sie hat einen gewissen Seitenwerts — wie man sonst auch über sie denken mag: denn seit ungefähr fünf Jahren ist sie die erste und einzige, in der der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht den Grundton abgab. Unsere Partei wurde nur gestreift, sozusagen im Vorbeigehen mit einer kleinen Nebenwürdigkeit bedacht. Im übrigen aber kamen Zentrum, Liberale und Junker der Reihe nach dran, alles wohl abgefaßt mit dem Zentrum schmolzt das verkannte Genie, die Liberalen befehrt der gültige Blodwater, die spröden Junker läßt die bärtliche Hochader.

Zum Zentrum: Wie schade, daß Herr Spahn nicht mehr zu gemächlichen Plauderstunden ins Palais kommt, wo man doch die Gespräche so fein singern konnte; die schlechten Manieren sollte es sich abgewöhnen, einen kleinen Spatz gleich so ernst aufzufassen; es war ein bißchen zu dreißig geworden, mußte deshalb auf die Finger geklopft werden — aber darum braucht doch eine alte Freundschaft nicht gleich aus dem Bein zu gehen; und einen republikanischen Republik gibt's ja doch gar nicht zwischen Junker und Pfaff. Wenn die Herrschaften also wieder mitarbeiten wollen — bitte, dem steht nichts im Wege.

Zu den Liberalen: Programme sind ein Unfug. Kinderkrankheiten muß man spätestens im Greisenalter ablegen. Nur keine Konsequenzen machen. Man kann agrarisch sein und doch liberal. Das ist überhaupt die Pflicht jedes echten Blodmannes; er bewilligt den Agrariern die Liebesgabe und bringt der Bevölkerung die Achtung vor dem Kulturwert des preussischen Schnapsjunkers bei, der leider in Mittel- und Süddeutschland noch immer nicht nach Gebühr gewürdigt wird. Einfluß auf die Regierung kann ein vernünftiger Liberaler gar nicht ernsthaft verlangen. Darum war es ein schwerer Fehler, die Arbeit einzustellen, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und die Agrarier zu ärgern. Aber das hat — weltgeschichtlich — den Vorteil, daß die späteren Geschlechter sagen werden, die Liberalen von 1909 seien für Bälou's erschütternden Blodgedanken doch noch nicht völlig reif gewesen.

Zu den Konservativen: Aber meine Herren! Ich arbeite doch nur für Sie! Sie sollen ja alles haben was sie wollen, und noch mehr. Nur hätten Sie es doch noch ein wenig abwarten sollen. Ich muß Ihnen nämlich im Vertrauen sagen, daß tatsächlich außer Ihnen noch ein paar Menschen in Deutschland existieren. Ich lege ja selbst keinen großen Wert auf diesen pelmischen Umstand, kann's aber doch nun mal beim besten Willen nicht ändern. Und da diese anderen auch — leider! — ein Wahlrecht haben, können Sie noch allerlei erleben, wenn Sie gar zu rückwärtslos vorgehen. Also gewöhnen Sie sich das ab. Im übrigen gehe ich in Herbst nach Rom, dann können Sie ja zusehen, wie die Geschichte wird.

Es ist kaum möglich, die abgehandenen Trivialitäten dieser Kanzlerrede zu ironisieren, denn wenn man sie im Stenogramm liest, wirken sie schon wie eine Persiflage. Aber sie offenbaren nimmerhin so viel, daß Bälou jedem Kampf mit der reaktionären Clique ausweicht und am Pfaffen einfallen noch hängt. Geht seine Erbschaftsteuer durch, gut; geht sie nicht durch, auch gut. Eine Mehrheit für indirekte Steuern ist schließlich auf alle Fälle zusammenzutrommeln, wenn die Junker ihren Vorteil dabei finden — und das übrige wird sich gegentlich finden.

Etwas eingehender waren die Darlegungen des Herrn Sydow, der den Konservativen das Material zu ihren Steuerentwürfen liefert und sie dann hinternach bekämpft. Erst nimmt er den Schlangennamen im Reichstage niemand mehr. Was er gegen die einzelnen Produkte der „Schnellsteuergesetze“ vorbrachte, war zum Teil sachlich ganz gut. Aber in der Politik umt es nicht nur darauf an, was gesagt wird, sondern auch darauf, wer etwas sagt. Und Herr Sydow „hat nichts mehr zu sagen“. Er ist erledigt.

Nur ein einzelnes Mitglied des Hauses nahm nach ihm

das Wort. Herr Wasser mann. Die heillose Blamage des Blodbankrotts lastet schwer auf seiner zarten Seele. Die Donnerreden der Sanftbrüder mögen nicht angenehm in seinen Ohren geklungen haben; er hat sie sich gemerkt und gab darum dem Reichstage einen schalen Abguß der Reserate aus dem Birtus Schumann wieder. Man muß wirklich schon ein Nationalliberal sein, um die Zuteilung von 400 Millionen Mark neuer Steuern auf die Armen und von 100 Millionen Mark auf die Reichen eine „soziale Last“ zu nennen. Daß er ein paar Worte gegen den frechen Versuch des Junkertums wagte, die ganze Steuerreform zu einem glänzenden Privatgeschäft zu machen, ergab sich aus der Situation. Daß er aber in dem Vorgehen der Kommissionenmehrheit den — schrecklich! — Anfang der Parliamentsherrschaft in Deutschland bespöht, das ist einfach — nationalliberal.

Bälou, der Säbler.

Die neue schöne Rede des Herrn v. Bälou geht von der Voraussetzung aus, daß die Schaffung von 500 Millionen neuer Steuern die „nationale Notwendigkeit“ der Gegenwart ist. Die Frage, woher es denn zu dieser „Notwendigkeit“ gekommen, wehrt Herr v. Bälou lächelnd ab. Daß er selbst durch eine ungeheuerlich verfehlte Politik diese Notlage geschaffen und daß eine Gesundung unserer Verhältnisse erst durch grundlegende Änderungen im deutschen Regierungssystem möglich ist, — über solche Kleinigkeiten ist Herr v. Bälou erhaben. Die Sozialdemokratie hat seit vielen Jahren das bedrohliche Wesen der Schuldenlast des Reiches aufgewiesen, sie ist deshalb auch beständig verunglimpft worden. Aber jetzt, da die Schuldenlast ins unerträgliche gestiegen, erklärt das Reiches Kanzler freundlich lächelnd: Seht ihr denn nicht, wie schrecklich hoch unsere Schulden sich belaufen, also müssen doch die neuen Steuern ohne viel Federlesens bewilligt werden. Mit zauderndem Lächeln tanzt Herr v. Bälou über alle Unfähigkeiten und Verbindungen der deutschen Politik des letzten Jahrzehntes hinweg. Und die bürgerlichen Parteien sind nur allzu bereit, von dieses Säblers Netz sich locken zu lassen und den Tanz der politischen Reichsfeierlichkeit mitzutanzten.

Selbst der Sozialdemokratie winkt Herr v. Bälou mit freundslichem Lächeln. Als er Kanzler wurde, versuchte er auch die Sozialdemokratie zu locken: „Meine Herren, warten Sie doch ab, Sie kennen mich ja noch nicht!“ Aber die Sozialdemokratie tat Herrn v. Bälou nicht den Gefallen, in ihm ein politisches Genie zu erkennen. Die Sozialdemokratie dachte nicht daran, um mit Bälou freundlich zu stehen, die sozialdemokratische Politik abzumildern. Seitdem hat Herr v. Bälou die Sozialdemokratie bitter gehäßt und bekämpft. Er, der sonst nicht hoffen kann, haßt die Partei, die durch sein Lächeln nicht zur Liebe zu zwingen war. In der jetzigen Notlage versucht er der weltmännliche Herr Kanzler einmal wieder mit lächelnder Milde nach der sozialdemokratischen Seite. Er ist so weitherzig, er ist sogar bereit, mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten. Er hat die „äußerste Linie“ mit einer vielgehenden Handbewegung eingeladen, ihn „sachlich zu unterstützen“. Wenn die äußerste Linie dazu läßt, so ist das für ihn nur ein neuer Beweis ihres „dogmatischen Intoleranz“, ihres unzulässigen Glaubensbekenntnis. Der Reichskanzler duldet alles und glaubt an gar nichts. Er ist sogar so auf- und abgelaßt, gar nicht begreifen zu können, daß man sich gegenwärtig gesellschaftlich ausschließt, weil man politisch aneinander geraten ist“. Namentlich in England, versichert der vielgerühmte Mann, denke man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Welch edle Weisheit! Doch wie heißt doch das ferne Land, wo man Andersdenkende mit Pollstößen, wo ein Sozialdemokrat nicht Mitglied der Schuldeputation und nicht Turnlehrer werden kann? Und wie heißt doch der längst gewesene Reichskanzler und Ministerpräsident, der selbst freisinnige Postträger, Bürgermeister, Lehrer wegen ihrer Reden und Bestimmungen verpörrnen, absetzen, schikanieren und disziplinieren ließ? Der vielleicht im Innersten die Torheit dieser preussischen Politik selbst verachtet, die schmuppige Gemeinheit dieses Systems der Verfeinerung, der Verhegung und kleinlichsten persönlichen Verfolgung verachtet und doch lästlichelnd mitmacht, weil er an den süßen Gewohnheiten des Daseins hing? Wo ist der intolerante Dogmatismus mehr zuhause als im Lande Preußen und wer war ihm ein eifrigerer Hohepriester als Herr Bälou?

Herr v. Bälou wird sich schon bescheiden müssen, daß es Menschen gibt, die Grundzüge und Ideale nicht um äußerliche Nebenwürdigkeiten eines mächtigen Herrn verlaufen.

Die Germania spricht sich über die Rede Bälou's u. a. wie folgt aus:

„Statt der erwarteten großen Rede ergab sich als Ergebnis der Ausführungen des Reichskanzlers eine große Enttäuschung. Zum größten Teile legte sich die Rede aus den besten Gedankenansätzen zusammen, die während der Blodkara vom Fürsten Bälou wiederholt vorgebracht worden sind, so daß dieselben für den Reichstag keine Uebersetzung mehr bieten konnten. Eine Klärung der politischen Situation haben sie ebenfalls nicht gebracht.“

Sonderbar erscheint es uns, daß Fürst Bälou dem Zentrum den Vorwurf macht, den gesellschaftlichen Laß ihm gegenüber nicht beobachtet zu haben. Wer hat denn zu erit diesen gesellschaftlichen und politischen Laß durch Nichtempfang eines hervorragenden Parteiführers vermissen lassen? Und wer vermücht es in seiner Eigenschaft als Zentrumsmittglied aber sich zu bringen, dem Wanne gegenüber in ge-

gesellschaftlichen Verbindungen zu bleiben, der unter anderem mit dem Worte von der „antinationalen Erognanz“ des Zentrums jeden Zentrumsangehörigen tief beleidigt hat? Der Ausdruck eines Kerkers über den gesellschaftlichen Vortritt war demnach durchaus un begründet.“

Die kritische Frage.

Kaum ist die serbisch-österreichische Kriegsgeschichte vorüber und noch schlagen die Völker weit hinten in Türkei und Kleinasien aufeinander, da rollt schon wieder ein neuer Kampfpfeil auf die kapitalistische Interessensbahn der Mächte. Eine Streitfrage ist Kreta zwar nicht erst seit heute und gestern, aber immerhin eine Frage, die momentan nach einer neuen Antwort verlangt. Seit einem Jahrhundert ist die große, südlich von Griechenland im Mitteländischen Meere gelegene Insel der Schauplatz blutiger Interessenskämpfe zwischen Christen und Mohammedanern, Griechen und Türken, bis es schließlich der in den Streit gezogenen internationalen Diplomatie gelang, dem türkischen Sultan die Suzeränität, der Insel die Selbstverwaltung und England, Frankreich, Rußland, Italien die Schuttherrschaft über Kreta zu garantieren. Und schon drohen die Wirren da unten von neuem loszubrechen. Warum? Weil laut Abkommen im Juli dieses Jahres die von den vier Schuttmächten auf Kreta stationierte letzten Truppen die Insel zu verlassen haben. Als im vorigen Frühjahr die Mächte versprochen, ihre Truppen schubweise zurückzuziehen, jubelten Kreta und Griechenland. Man glaubte die Vereinigung mit Griechenland gekommen, sobald der letzte Schuttsoldat den kretischen Staub von den Stiefeln schüttelte, und die kretische Nationalversammlung bot — von der kurz zuvor erfolgten Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entflammt — dem griechischen König die Insel bereits im Oktober vorigen Jahres an. Damals stellten sich die Mächte dagegen.

Heute, nach dem nationalen Erwachen Bulgariens, Persiens und der Türkei, empfindet die große Insel eine nationale Einigung mit Griechenland mehr denn je als Notwendigkeit. Bei der bisherigen unregelmäßigen Lage konnte Kreta keinen Schritt vorwärts tun. Weber wurden Straßenbauten noch Pfäfen angelegt, noch an die Trockenlegung der Sümpfe geschritten. Nicht ein Spatenstich konnte zur Eröffnung der Naturkräfte des Landes gemacht werden, weil europäische, ja selbst griechische Kapitalisten sich wegen der unbestimmten Stellung der Insel von jeder Aktion fernhalten. Deshalb finden die Kreten den jetzigen Zustand gänzlich unhaltbar, zumal nach der Zurückziehung der europäischen Truppen die Erhaltung einer eigenen Militärdes Defizit noch erhöhen müßte, wogegen sich das fremde Kapital in dem Moment der Vereinigung mit Griechenland sofort einstellen würde. Man gewinnt also auf Kreta die Ueberzeugung, daß, falls es Europa nicht gelingen sollte, den Knoten bald zugunsten der Bevölkerung der nationalen Wünsche zu entwirren, ernste Ereignisse eintreten dürften.

Die christlichen Kreten sind in der Majorität und glauben ihre Interessen unter griechischer Herrschaft besser gewahrt als unter türkischer; die kretischen Mohammedaner sind in der Minderheit und fühlen sich unter türkischem Regime geborgener; die Mächte stehen inmitten des Konflikts, fürchten den Funken, der aus dem eventuellen türkisch-griechischen Kriege in das europäische Pulverfaß fliegen könnte, möchten die Türkei mit einer Frenautransaktion zum Verzicht auf Kreta bewegen, während die gegenwärtigen jungtürkischen Herrscher des Osmanenreiches ob dieser Notwendigkeit bald lädeln, bald drohen. Der bosnische und bulgarische Konflikt konnte noch durch eine an die Türkei gezahlte Abfindungssumme beigelegt werden. Inzwischen ist jedoch die jungtürkische nationalistische Staatsumwälzung nicht nur gesichert und die Schlagfertigkeit des jungtürkischen Heeres erprobt worden, sondern die reformierte Türkei betrachtet den Besitz Kretas als politische Notwendigkeit und die Kontrolle des Auslandes als höchstes Nebenziel. Die Rechtsposition der Türkei im Ägäischen Meer würde durch eine Okkupierung Kretas durch Griechenland erschüttert, weshalb es verständlich wird, daß der türkische Botschafter Schewky Bey einem Berliner Blatte gegenüber kühl erklärte:

„Es gibt für uns keine kritische Frage. Die Insel gehört zum Osmanischen Reiche und wird dem Osmanischen Reiche verbleiben. Wir sind in Konstantinopel daher auch ganz ruhig und haben kein Verhängnis für die Verantwortung, die an anderen Stellen wegen des Schicksals der Insel zu bestehen scheint. Von einer Abtretung dieses Besitzums an Griechenland kann gar keine Rede sein. . . . Ich bin auch überzeugt, daß die Mächte an uns niemals mit einem Ansinnen herantreten werden, das den Verlust der Insel in sich schließen würde. Jedenfalls darf ich Ihnen mitteilen, daß die Mächte über diesen unseren Standpunkt genau unterrichtet sind.“

Die Mächte kennen den Standpunkt der Türkei allerdings, sie kennen aber auch die Maffalere, die nach Abzug der Truppen unter türkischer Herrschaft drohen und eine Intervention der Großmächten wiederum notwendig machen dürften. Und so dreht sich denn das europäische Diplomatenkorps im Kreise, um eine Lösung der leidigen Kretenfrage zu finden. Sie möchten die Truppen zum Schutze der Insel gegen die Türkei in Kreta belassen, um es mit dem griechischen Konsumenten nicht zu verderben; sie möchten die Truppen zurückziehen, um die im Laufe gestiegene jungtürkische Freundschaft nicht zu verlieren; und sie möchten einen Krieg zwischen Griechenland und dem Sultanreich verhindern, weil er die um den Markt kämpfenden Kapitalistenstaaten gegeneinander peitschen könnte.

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or address, partially illegible.